

386
436

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Mittwoch, 27. Oktober 1915, Abends Nr. 386

Obmänner-Konferenz. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand heute eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. In derselben berichtete der Bürgermeister vorerst, daß aus der Zentralkasse an 3879 Personen fortlaufende Unterstützungen im Betrage von 108.326 K., einmalige Unterstützungen im Ganzen bisher 358.256 K. bezahlt wurden. Die Kosten der öffentlichen Anspeisung betragen 3.155.808 K. Um den staatlichen Unterhaltbeitrag haben bisher 204.092 Personen Ansuchen eingebracht.

Der Bericht des Oberstadtpfysikus Dr. Böhm besagt, daß die Wiener Bevölkerung auch weiterhin von Kriegseinwirkungen gänzlich verschont geblieben ist und bei der geringen Sterblichkeit, die der Sanitätsbericht verzeichnet, sich irgend ein Vorwiegen einer besonderen Krankheitsgruppe nicht konstatieren lassen.

Hierauf erstattete Oberkommissär Dr. Roskopf den an anderer Stelle erwähnten eingehenden Bericht über die Beschwerden und Klagen hinsichtlich der Mehlversorgung der Bevölkerung. Dieser Bericht entspann sich eine lebhaft debattierte, an der sich alle Mitglieder der Obmännerkonferenz beteiligten. Bei der Abstimmung wurden folgende Anträge genehmigt:

1. Die Obmännerkonferenz spricht sich für eine strengere Handhabung der Vorschriften über die Mehl- und Brotkarten aus.
2. Es wird an das k.u.k. Militärkommando herangetreten werden, um den Verkauf von Kommissbrot durch Soldaten in Baracken und Kasernen an das Publikum hinstanzzuhalten.
3. Die Obmännerkonferenz spricht sich für die Trennung der Mehl- und Brotkarten u. zw. wenn möglich unter Erhöhung der Wehrkraft aus.
4. Es wird an die k.u.k. Regierung die Forderung erneuert, nicht weiter Back-, Koch- und Brotmehl zu erzeugen, sondern ein einheitliches Weizengleichmehl in den Mühlen herstellen und in Verkehr bringen zu lassen.

Der von Obm. Dr. Schwarz-Hiller gestellte Antrag auf Begünstigung der Mehlabgabe mit Festsetzung bestimmter Mehlverhältnissen wird dem Magistrat zur Berichterstattung in der nächsten Obmännerkonferenz zugewiesen.

NB. Die Anträge in dem nachmittäglichen Ausgegebenen

Berichte des Dr. Roskopf sind als gesamtlandslos dort zu streichen.

Im eingehender Weise berichtete sodann Magistratsrat Dr. Ehrenberg über die Maßnahmen der Gemeinde Wien zur Versorgung der Stadt mit Kartoffeln. Er bespricht zunächst die von der Gemeinde abgeschlossenen Lieferungsverträge, wobei er feststellt, daß hiedurch der Bedarf für die Wintermonate gedeckt ist. Ferner führt er aus, daß das Ackerbauministerium mit Erlaß vom 28. September d. J. bekanntgegeben habe, daß die Organisation des Kartoffelbezuges für die Stadt Wien unmittelbar von der Regierung in die Hand genommen werde und Veranlassung getroffen wurde, daß die Vertreter der Futtermittelgenossenschaften, die sich in das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet Polens zur Erzeugung von Kartoffeln begeben haben, wozüglich auch große Mengen Kartoffeln ankaufen. Mit Erlaß des k.u.k. Ackerbauministers vom 25. d. M. wurde der Gemeinde eröffnet, daß bereits 6 Waggons in Wien eingetroffen seien, daß sehr namhafte Sendungen allmählich nachfolgen werden und daß diese erste sowie ein großer Teil der folgenden Sendungen der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt werden. Da Gerüchte auftauchten, daß das Generalgouvernement in Lublin der Gemeinde Wien Kartoffeln zum Preise von 5 bis 6 K per 100 kg zum Kaufe angeboten habe, die Gemeinde aber sich über dieses Angebot nicht geäußert habe und daß Zwischenhändler sich um die Ueberlassung der vom Generalgouvernement requirierten Kartoffelvorräte bemühten, hat der Bürgermeister unter Hinweis auf den erwähnten Erlaß des Ackerbauministeriums telegraphisch bei dem Generalgouverneur Freih. v. Diller angefragt, ob und zu welchen Preisen tausend Waggons Kartoffeln demselben erhältlich seien und ob die rechtzeitige Verfrachtung nach Wien vor Eintritt des Frostwetteres gesichert werden könne. Es wurde ausdrücklich beigelegt, daß der Gemeinde vom Militärgouvernement ein Angebot nicht zugegangen sei. Letzteres gab der Gemeinde bald darauf bekannt, daß die Vorrätigen Kartoffelzeugen des Ministeriums des Innern zur Sicherstellung des Bedarfs der österreichischen Städte überlassen wurden, weshalb die Gemeinde Wien des Einvernehmens mit dem Ministerium des Innern zu pflegen hätte. Dieses Einvernehmen ist erfolgt. Hierzu wird noch die Note des k.u.k. Regimentsoberkommandos beigelegt, der zufolge dem k.u.k. Ministerium

des Innern aus dem Ertragsüberschüssen der besetzten Gebiete Russisch-Polens Kontingente von insgesamt 4500 Waggons Kartoffeln, hiervon 4000 Waggons speziell für Zwecke der städtischen Approvisionnement zur Verfügung gestellt worden sind. Daraus ergibt sich, daß die Regierung die Bezüge von Kartoffeln aus Russisch-Polen organisiert und den Anforderungen der Gemeinde und anderer Gemeinden zu entsprechen.

Da bei der Anlieferung der aus Ungarn für die Gemeinde Wien zu beschaffender Kartoffeln Schwierigkeiten dadurch eintraten, daß die ungarischen Behörden die Ausstellung von Transportzertifikaten ablehnten, hat der Bürgermeister bei der ungarischen Regierung interveniert und die Zusage des ungarischen Ackerbauministers erhalten, daß die an den Magistrat Wien adressierten Kartoffelsendungen freigegeben würden. Der Berichterstatter bespricht weiters die Schwierigkeiten, welche der Anlieferung von täglich durchschnittlich 130 bis 140 Waggons Kartoffeln auf den Wiener Bahnhöfen und der Abfuhr der Ware mit Rücksicht darauf, daß der Gemeinde nur auf einigen Bahnhöfen größere Magazine zur Verfügung stehen, mit Rücksicht auf die beschränkten Verhältnisse auf der Ausladerrampe und im Hinblick auf den Mangel an Arbeitspersonal und Fuhrwerk entgegenstehen und betont, daß der Möglichkeit glatte und klagefreie Abtransport nur bei Beistellung einer entsprechend großen Zahl von Mannschaften und Fuhrwerken durch das Militärkommando Wien gewährleistet werden können. Schließlich erörtert der Berichterstatter die Organisation der Abgabe der Kartoffeln an die Bevölkerung, für welche die bekannten Einrichtungen getroffen wurden. Endlich bringt der Berichterstatter noch zur Kenntnis, daß nächst der Station Klein-Schwedlitz der Donauuferbahn südwestlich des Zentralfriedhofes eine sogenannte Miets für die Ueberwinterung von 1000 Waggons angelegt werden wird und bespricht die sonstigen Vorkehrungen für die Einlagerung der Kartoffeln während der Wintermonate.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt sodann zur Kenntnis, daß über die von der Gemeinde Wien erfolgte Anforderung der Beschlagnahme von Kühlhausfasanen, welche am 14. Mai der Regierung überreicht wurde, am 18. Oktober die Erledigung erfolgt. Da inzwischen die im Kühlhaus eingelagerten Fasanen von den Jagdwörtern anderweitig verkauft wurden, blieb der Obmännerkonferenz nichts übrig, als den Erlaß der Regierung

lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Schließlich teilt der Bürgermeister mit, daß über seinen Auftrag Gemeinderat Oberleitner und Marktinspektor Kneifel sich in die okkupierten Gebiete Russlands begeben, um dort wegen Beschaffung von Lebensmitteln Informationen einzuziehen.

NB. Die Anträge beim Referate des Dr. Roskopf sind wie erwähnt zu streichen, da diese Anträge in der ursprünglichen Fassung in diesem Bericht enthalten sind.